Genehmigungsbescheid

Genehmigung nach § 16 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BlmSchG) für die wesentliche Änderung der

Drahtgießanlage für Nichteisenmetalle (Kupfer und Kupferlegierungen);

hier: Erhöhung der Verarbeitungskapazität an Flüssigmetall von 16,8 t/d auf 91,1 t/d durch Errichtung und Betrieb von zwei Drahtgießmaschinen;

am Standort Mansfeld

für die Firma

MKM Mansfelder Kupfer und Messing GmbH
Lichtlöcherberg 40
06333 Hettstedt

vom 15.03.2017
Az.: 402.3.11-44008/16/31
Anlagen-Nr. 7632
Inhaltverzeichnis

II  Antragsunterlagen ................................................................. 4

III  Nebenbestimmungen ................................................................. 4
  1  Allgemeines ................................................................. 4
  2  Brand- und Katastrophenschutz / Kampfmittel ........................................ 5
  3  Immissionsschutz ................................................................. 5
  4  Denkmalschutz ................................................................. 8
  5  Betriebseinstellung .............................................................. 9

IV  Begründung ................................................................. 10
  1  Antragsgegenstand ............................................................... 10
  2  Genehmigungsverfahren .......................................................... 10
    2.1  Öffentlichkeitsbeteiligung .................................................. 12
  3  Entscheidung ................................................................. 15
  4  Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen ......................................... 16
    4.1  Allgemeine Nebenbestimmungen ............................................. 16
    4.2  Bauordnungs- und Planungsrecht ......................................... 16
    4.3  Brand- und Katastrophenschutz / Kampfmittel ................................ 17
    4.4  Immissionsschutz ................................................................. 17
    4.5  Gewährleistung des Arbeitsschutzes und der technischen Sicherheit ...... 20
    4.6  Wasserrecht ................................................................. 20
    4.7  Abfallrecht ................................................................. 21
    4.8  Bodenschutz ................................................................. 21
    4.9  Denkmalschutz ................................................................. 21
    4.10  Naturschutz ................................................................. 22
    4.11  Betriebseinstellung ............................................................ 22
  5  Kosten ................................................................. 22
  6  Anhörung gem. § 1 Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Sachsen-Anhalt (VwVfG LSA) i. V. m. § 28 Abs. 1 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) ................................................................. 22

V  Hinweise ................................................................. 23
  1  Allgemeines ................................................................. 23
  2  Planungsrecht ................................................................. 24
  3  Immissionsschutz ................................................................. 24
  4  Wasserrecht ................................................................. 24
  5  Abfallrecht ................................................................. 24
  6  Bodenschutz ................................................................. 25
  7  Denkmalschutz ................................................................. 25
  8  Naturschutz ................................................................. 25
  9  Zuständigkeiten ................................................................. 25

VI  Rechtsbehelfsbelehrung ................................................................. 26

ANLAGE 1  Antragsunterlagen ................................................................. 27
ANLAGE 2  Merkblatt Kampfmittelfunde ................................................................. 36
ANLAGE 3  Rechtsquellenverzeichnis ................................................................. 39
I Entscheidung

Genehmigung nach § 16 BImSchG

1 Auf der Grundlage der §§ 6, 10 und 16 BImSchG i. V. m. Nr. 3.8.1 des Anhangs 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) und Art. 10 der Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen (IE-Richtlinie) wird auf Antrag der

MKM Mansfelder Kupfer und Messing GmbH
Lichtlöcherberg 40
06333 Hettstedt

vom 26.07.2016 (Posteingang am 04.08.2016) sowie den Ergänzungen letztmalig vom 17.01.2017 (Posteingang 19.01.2017) unbeschadet der behördlichen Entscheidungen, die nach § 13 BImSchG nicht von der Genehmigung eingeschlossen werden, sowie unbeschadet der auf besonderen Titeln beruhenden Ansprüche Dritter die immissionsschutzrechtliche Genehmigung für die wesentliche Änderung der

Drahtgießanlage für Nichteisenmetalle (Kupfer und Kupferlegierungen);

hier: Erhöhung der Verarbeitungskapazität an Flüssigmetall von 16,8 t/d auf 91,1 t/d durch Errichtung und Betrieb von zwei Drahtgießmaschinen,

auf dem Grundstück in 06343 Mansfeld,

Gemarkung: Großörner
Flur: 2
Flurstück: 191/5

erteilt.

2 Die Genehmigung umfasst die wesentliche Änderung der oben genannten Anlage, bestehend aus folgenden Betriebseinheiten (BE):

- BE 01 Kathodenlager (Bestand, Erweiterung),
- BE 02 Gieß-/Schmelzeinheit (Drahtgießmaschine) RAUTOMED mit Nebeneinrichtungen (Bestand),
- BE 03 Produktlager (Bestand, Erweiterung),
- BE 04 Zwei Gieß-/Schmelzeinheiten (Drahtgießmaschinen) UPCAST mit gemeinsamen Nebeneinrichtungen (Neu),
- BE 05 Notstromaggregat (Neu).

3 Die Genehmigung ergeht unbeschadet der Entscheidungen, die nach § 13 BImSchG nicht eingeschlossen sind.

4 Die Genehmigung ist an die Nebenbestimmungen im Abschnitt III dieses Bescheides gebunden.

5 Die Genehmigung erlischt, sofern nicht innerhalb von drei Jahren nach Bekanntgabe des Bescheides an die Antragstellerin mit dem Betrieb der geänderten Anlage begonnen wird.

6 Die Kosten des Verfahrens trägt die Firma MKM Mansfelder Kupfer und Messing GmbH.

II Antragsunterlagen

Dieser Genehmigung liegen die in Anlage 1 genannten Unterlagen und Pläne zugrunde, die Bestandteil dieses Bescheides sind.

III Nebenbestimmungen

1 Allgemeines

1.1 Die Anlage ist entsprechend den vorgelegten und unter Anlage 1 dieses Bescheides genannten Unterlagen zu ändern und zu betreiben, sofern im Folgenden keine abweichenden Regelungen getroffen werden.

1.2 Das Original oder eine beglaubigte Abschrift des bestandskräftigen Bescheides und die dazugehörigen Antragsunterlagen sind am Betriebsort aufzubewahren und den Mitarbeitern der Überwachungsbehörden auf Verlangen vorzulegen.

1.3 Die Nebenbestimmungen aus den früher erteilten immissionsschutzrechtlichen Genehmigungen für diese Anlage behalten insoweit ihre Gültigkeit, als sie zwischenzeitlich nicht geändert oder aufgehoben oder im Folgenden keine Änderungen getroffen werden.

1.4 Der Termin der beabsichtigten Inbetriebnahme der geänderten Anlage ist den zuständigen Überwachungsbehörden mindestens zwei Wochen vorher schriftlich anzuzeigen. Unter Inbetriebnahme ist das regelmäßige Herstellen von Kupferdraht zu verstehen.


1.6 Über Betriebsanweisungen sind geeignete Maßnahmen zum Umgang bei von den normalen Betriebsbedingungen abweichenden Bedingungen, wie

- das An- und Abfahren der Anlage,
- Störungen,
- das kurzzeitige Abfahren der Anlage sowie
• das unbeabsichtigte Austreten von Stoffen, festzulegen.

Das Personal ist darüber regelmäßig und nachweislich zu unterweisen.

2 Brand- und Katastrophenschutz / Kampfmittel

Alle tätig werdenden Unternehmen sind zur Beachtung der Gefahrenabwehrverordnung zur Verhütung von Schäden durch Kampfmittel (KampfM-GAVO) und zur Einhaltung der Hinweise der Sicherheitsbehörde zum Verhalten bei Kampfmittelfunden (Anlage 2 dieses Bescheides) hinzuweisen.

3 Immissionsschutz

3.1 Luftreinhaltung

- Allgemeine Anforderungen-

3.1.1 Die an der Anlage tätigen Mitarbeiter sind nachweislich über den ordnungsgemäßen Umgang mit der Anlagentechnik zu belehren. Das Betriebsmanagement hat Folgendes zu berücksichtigen:

• Einbeziehung der Arbeitnehmer,
• Dokumentation von Betriebsabläufe,
• effiziente Prozessregelung,
• Instandhaltungsprogramme,
• Bereitschaftsplanung und Maßnahmen für Notfallsituationen,
• Gewährleistung der Einhaltung von Umweltschutzvorschriften.


3.1.3 Der integrierten Schmelzeinheit dürfen nur Kupferkathoden zugeführt werden. Die Kathoden sind vor dem Einschmelzen von Verunreinigungen zu befreien und dürfen nicht befeuchtet sein.

3.1.4 Es hat eine Überwachung und Regelung der Temperatur der beiden integrierten Schmelzeinheiten zur Vermeidung der Bildung von Metall- und Metalloxiddämpfen infolge von Überhitzung zu erfolgen.
- Maßnahmen zur Emissionsbegrenzung -

3.1.5 Reinigungs- und Kontrollintervalle der Abluftanlagen der Emissionsquellen E01 und E02 sind den Betriebsbedingungen entsprechend und eigenverantwortlich festzulegen. Dies kann je nach Grad der Verschmutzung von täglicher Kontrolle bis zu halbjährlicher oder jährlicher Generalinspektion reichen.

3.1.6 Defekte Anlagen oder Anlagenteile sind unverzüglich gegen betriebssichere Teile auszutauschen.

3.1.7 Für den Ausfall von Einrichtungen zur Emissionsminderung (Filteranlagen) sind Maßnahmen vorzusehen, um die Emissionen unverzüglich so weit wie möglich und unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit zu vermindern.

3.1.8 Es ist darauf zu achten, dass die Abluft- und Zuluftanlagen während des Betriebs eingeschaltet und wirksam sind.

3.1.9 Die Kontroll- und Wartungstätigkeiten und deren Ergebnis sind in einem Betriebsbuch schriftlich festzuhalten und auf Verlangen der Behörde vorzulegen.

3.1.10 Der filternde Abscheider ist mit eine Früherkennungseinrichtung auszurüsten, so dass defekte Filtereinsätze rechtzeitig erkannt werden können und ein Austausch erfolgen kann.

3.1.11 Abgase sind an der Entstehungsstelle der integrierten Schmelzeinheiten BE02 und BE04 zu erfassen.

3.1.12 Emissionsquelle E01 / E02

Die von dieser Genehmigung erfassten Anlagen sind so zu errichten und zu betreiben, dass die Emissionen im Abgas der Quelle E01 der RAUTOMEAD-Anlage und der Quelle E02 der UPCAST-Anlagen folgenden Gesamtmassenstrom nicht überschreiten:

- **Gesamtstaub, einschließlich Feinstaub**,<ref>Die im Abgas enthaltenen staubförmigen Emissionen dürfen den Massenstrom 0,20 kg/h nicht überschreiten. Auch bei Einhaltung oder Unterschreitung eines Massenstroms von 0,20 kg/h darf im Abgas die Massenkonzentration 0,15 g/m³ nicht überschritten werden.

- **Kupfer und seine Verbindungen**, angegeben als Cu 0,005 kg/h.

3.1.13 Ableitung von Abgasen

Abgase sind so abzuleiten, dass ein ungestörter Abtransport mit der freien Luftströmung ermöglicht wird. Die Ableitung der Emissionen über den Schornstein hat nach Nr. 5.5.2 der Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) so zu erfolgen, dass die Schornsteinhöhen der Quellen mindestens 10 m über der Flur oder 3 m über Dachfirst betragen.

3.1.14 Regelmäßig und je nach Verschmutzungsgrad sind Staubablagerungen innerhalb und außerhalb der Produktionshalle durch geeignete Maßnahmen aufzunehmen. Vorzugsweise sind saugende Einrichtungen zu verwenden. Stahlträger usw. sind regelmäßig von Staub-

3.1.15 Tore und Türen dürfen nur zum Zweck des betrieblichen Verkehrs offen gehalten werden und sind unverzüglich zu schließen.

- Messung und Überwachung der Emissionen -

3.1.16 Nach Erreichen des ungestörten Betriebs der Drahtgießanlagen, jedoch frühestens nach dreimonatigem Betrieb und spätestens sechs Monate nach der Inbetriebnahme sowie anschließend wiederkehrend jeweils nach Ablauf von fünf Jahren, ist zur Feststellung der Einhaltung der in der Nebenbestimmung 3.1.12 festgelegten Emissionsbegrenzung eine Messung durch eine im Land Sachsen-Anhalt gemäß § 29 b BImSchG bekannt gegebene Stelle durchführen zu lassen. (TA Luft Nr. 5.3.2.1)

3.1.17 Zur Gewährleistung repräsentativer und messtechnisch einwandfreier Emissionsmessungen ist an geeigneter Stelle ein Messplatz bzw. eine Probenahmestelle einzurichten. Dieser/diese muss ausreichend groß und leicht begehbar sein. (TA Luft Nr. 5.3.1)

3.1.18 Im Vorfeld der Messungen ist unter Beachtung der DIN EN 15 259 ein Messplan zu erstellen. Der Messplan ist mindestens 14 Tage vor der Durchführung der Messungen sowohl bei der für den Immissionsschutz zuständigen Überwachungsbehörde als auch beim Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt einzureichen. (TA Luft Nr. 5.3.2.2)

3.1.19 Die Messungen zur Feststellung der Emissionen sind so durchführen zu lassen, dass die Ergebnisse für die Emissionen der Anlage repräsentativ und bei vergleichbaren Anlagen und Betriebsbedingungen miteinander vergleichbar sind. Die Messungen sind unter Einsatz von Messverfahren und Messeinrichtungen durchzuführen, die dem Stand der Messtechnik entsprechen. Die Nachweisgrenze des Messverfahrens soll kleiner als ein Zehntel der zu überwachenden Emissionsbegrenzung sein. (siehe auch unter Hinweis V Nr. 3)

3.1.20 Die Emissionen sind durch eine ausreichende Anzahl von Einzelmessungen ermitteln zu lassen. Da es sich bei der Raumentgasung um Vorgänge mit überwiegend zeitlich veränderlichen Bedingungen handelt, sind mindestens sechs Einzelmessungen bei Betriebsbedingungen, die erfahrungsgemäß zu den höchsten Emissionen führen können, durchführen zu lassen. Die Dauer einer Einzelmessung beträgt in der Regel eine halbe Stunde; das Ergebnis der Einzelmessung ist als Halbstundenmittelwert zu ermitteln und anzugeben. In besonderen Fällen, z.B. bei niedrigen Massenkonzentrationen im Abgas oder aus Gründen der Nachweisempfindlichkeit, ist die Mitteilungszeit entsprechend anzupassen. Abweichungen von der Regel-Messzeit sind im Messbericht zu begründen. (TA Luft Nr. 5.3.2.2)

3.1.21 Über die Ergebnisse der Messungen ist ein Messbericht zu erstellen. Der Messbericht soll Angaben über die Messplanung und -durchführung, das Ergebnis jeder Einzelmessung, das verwendete Messverfahren und die Betriebsbedingungen, die für die Beurteilung der Einzelwerte und der Messergebnisse von Bedeutung sind, enthalten. (TA Luft Nr. 5.3.2.4)
Über die Ergebnisse der Einzelmessungen ist ein Emissionsmessbericht erstellen zu lassen und spätestens 12 Wochen nach Abschluss der messtechnischen Ermittlung der für den Immissionsschutz zuständigen Überwachungsbehörde vorzulegen.


3.2 Lärmschutz

3.2.1 Entsprechend dem Stand der Technik sind Maschinen, Apparate und Einrichtungen mit geringer Lärmentwicklung einzusetzen (Nr. 2.5. und 3.1. der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm - TA Lärm).

3.2.2 Anlagenbezogener Fahrverkehr sowohl per LKW als auch per Bahn, Be- und Entladungen sowie der innerbetriebliche Fahrverkehr dürfen nur in der Tagzeit zwischen 06:00 und 22:00 Uhr erfolgen.

3.2.3 Die Rolltore der Produktions- und Lagerhalle sind während der Nachtzeit zwischen 22:00 und 06:00 Uhr geschlossen zu halten.

3.2.4 Die in der Schallimmissionsprognose der Fa. GICON GmbH, Bericht-Nr.: M 160155-01 vom 08.07.2016, angesetzten Schallkennwerte der relevanten Schallquellen und aufgeführten Anforderungen an die Bauausführung sind einzuhalten bzw. zu realisieren oder durch gleichwertige Maßnahmen zu ersetzen.

3.2.5 Der Schallleistungspegel der zwei aufzustellenden Kühltürme im Außenbereich ist auf max. 93 dB(A) je Kühlturm zu begrenzen.

3.2.6 Die Geräuschemission des Abgaskamins der Filteranlage ist durch den Einbau eines Schalldämpfers auf einen Schallleistungspegel von 78 dB(A) zu begrenzen.

3.2.7 Die über die Einhausung der Filteranlage abgestrahlte Schallleistung darf insgesamt einen Schallleistungspegel von 95 dB(A) nicht überschreiten.

3.2.8 Schädliche Umwelteinwirkungen durch tieffrequente Geräusche gemäß TA Lärm Nr. 7.3. und Anhang A 1.5. der TA Lärm und deutlich wahrnehmbare Einzeltöne in den Geräuschemissionen sind zu vermeiden. Schalldämpfer müssen so ausgelegt werden, dass tieffrequente Geräuschemissionen (10 Hz bis 100 Hz) vermieden werden. Es ist auf eine Körperschalldämmung durch schwingungsabsorbierende Lagerung und Aufstellung der Aggregate zu achten.

4 Denkmalschutz

Die baualternden Betriebe sind über die Einhaltung der gesetzlichen Meldepflicht im Falle unerwartet freigelegter archäologischer Funde oder Befunde zu belehren.
5 Betriebseinstellung

5.1 Beabsichtigt die Betreiberin den Betrieb der genehmigungsbedürftigen Anlage einzustellen, so hat sie dies unter Angabe des Zeitpunktes der Einstellung der für den Immissions-

schutz zuständigen Überwachungsbehörde unverzüglich, jedoch spätestens vier Wochen, nachdem die unternehmerische Entscheidung hierzu getroffen wurde und bevor die Ab-

sicht durch erste Stilllegungsvorbereitungen nach außen hin erkennbar wird, anzuzeigen.

5.2 Die gemäß § 15 Abs. 3 Satz 2 BImSchG der Anzeige zur Betriebseinstellung beizuführen-

den Unterlagen müssen insbesondere Angaben über folgende Punkte enthalten:

- die weitere Verwendung der Anlage und des Betriebsgrundstücks (Verkauf, Abbruch, 
  andere Nutzung, bloße Stilllegung usw.),
- der Verbleib der anfallenden Materialien bei einem Abbruch der Anlage,
- bei einer bloßen Stilllegung die vorgesehenen Maßnahmen zum Schutz vor den Folgen 
  natürlicher Einwirkungen (Korrosion, Materialermüdung usw.) und vor dem Betreten des 
  Anlagengeländes durch Unbefugte,
- die zum Zeitpunkt der Betriebseinstellung voraussichtlich vorhandenen Einsatzstoffe 
  und Erzeugnisse und deren Verbleib,
- die durch den Betrieb möglicherweise verursachten Bodenverunreinigungen und die 
  vorgesehenen Maßnahmen zu deren Beseitigung,
- die zum Zeitpunkt der Betriebseinstellung voraussichtlich vorhandenen Abfälle und de-
  ren Entsorgung (Nachweis des Abnehmers) bzw. der Zuführung zur Verwertung, soweit 
  dies möglich ist, sowie
- bei einer Beseitigung der Abfälle die Begründung, warum eine Verwertung technisch 
  nicht möglich oder zutunbar ist.

5.3 Im Falle einer Betriebseinstellung hat die Betreiberin sicher zu stellen, dass alle Anlagen-

teile, die zur ordnungsgemäßen Betriebseinstellung und zur ordnungsgemäßen Verwer-

tung oder schadlosen Beseitigung der noch vorhandenen Abfälle erforderlich sind, so lan-

gle weiterbetrieben werden, wie dies zur Erfüllung der Pflichten nach § 5 Abs. 3 BImSchG 
  erforderlich ist (z.B. Energieanlagen, Einrichtungen zur Luftreinhaltung, Brandschutzein-
  richtungen, Abwasserbehandlungsanlagen).

Alle anderen Abfälle sind primär der Wiederverwertung und, soweit dies nicht möglich oder 
  unverhältnismäßig ist, einer gemeinwohlverträglichen Beseitigung zuzuführen. Die gesetz-
  lichen Bestimmungen sind dabei zu beachten.

5.4 Im Falle einer Betriebseinstellung sind zur ordnungsgemäßen Erfüllung der Pflichten nach 
  § 5 Abs. 3 BImSchG sachkundige Arbeitnehmer zu beschäftigen.

5.5 Nach der Stilllegung ist das Betriebsgelände der Anlage solange gegen unbefugten Zutritt 
  zu sichern, bis von der Anlage und dem Betriebsgelände keine schädlichen Umwelteinwirk-
  kungen oder sonstigen Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für 
  die Allgemeinheit und die Nachbarschaft mehr hervorgerufen werden.
IV Begründung

1 Antragsgegenstand

Die MKM Mansfelder Kupfer und Messing GmbH betreibt am Standort Mansfeld auf der Grundlage der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung des Landkreises Mansfeld-Süderharz vom 31.08.2015 (Az.: BImSchG/4/2015/190) gemäß § 4 BImSchG eine Drahtgießanlage für Nichteisenmetalle (Kupfer und Kupferlegierungen), mit einer Verarbeitungskapazität an Flüssigmetall von 16,8 t/d. Auf der Grundlage des Bescheides nach § 15 Abs. 2 BImSchG vom 11.07.2015 (Az.: BImSchG/152016/190) wurde eine Kathodentrocknung errichtet.

Nunmehr beabsichtigt die MKM Mansfelder Kupfer und Messing GmbH zwei weitere bauartgleiche Drahtgießmaschinen der Fa. UPCAST mit einer Verarbeitungskapazität von je 37,15 t/d zu errichten und zu betreiben, wodurch sich die Gesamtverarbeitungskapazität von 16,8 t/d auf 91,1 t/d erhöht. Aus diesem Grund beantragte die Antragstellerin mit Schreiben vom 26.07.2016 (Posteingang am 04.08.2016) die immissionsschutzrechtliche Genehmigung für die wesentliche Änderung der Drahtgießanlage für Nichteisenmetalle (Kupfer und Kupferlegierungen).

Gleichzeitig wurde die Zulassung des vorzeitigen Beginns gemäß § 8a BImSchG für die Errichtung der Gießanlagen in Halle 93 sowie der zugehörigen Nebenanlagen sowie die Durchführung der Maßnahmen, die zur Prüfung der Betriebstüchtigkeit der Anlage erforderlich sind, beantragt. Mit Schreiben vom 07.02.2017 (Posteingang 08.02.2017) wurde der Antrag für die Zulassung des vorzeitigen Beginns gemäß § 8a BImSchG von der Antragstellerin zurückgezogen.

2 Genehmigungsverfahren

Die beantragte Anlage ist als genehmigungsbedürftige Anlage der Nr. 3.8.1 des Anhangs 1 der 4. BImSchV zuzuordnen und ist somit auch eine Anlage gemäß Artikel 10 i. V. m. der Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen.

Nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 a) der 4. BImSchV ist das Genehmigungsverfahren in einem förmlichen Verfahren nach § 10 BImSchG i. V. m. der Verordnung über das Genehmigungsverfahren (9. BImSchV) zu führen.

Aufgrund der Erhöhung der Verarbeitungskapazität an Flüssigmetall auf 91,1 t/d ist die zuständige Genehmigungsbehörde gemäß der Verordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Immissionsschutzes (Immi-ZustVO) das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt.

Gemäß § 11 der 9. BImSchV erfolgte die Einbeziehung der Behörden, deren Aufgabenbereich von dem Vorhaben berührt wird. Im Genehmigungsverfahren wurden folgende Behörden beteiligt:

- Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt:
Referat Immissionsschutz, Chemikaliensicherheit, Gentechnik, Umweltverträglichkeitsprüfung,
Referat Naturschutz, Landschaftspflege, Umweltbildung,
Referat Abwasser,
- Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt, Dezernat 57 - Gewerbeaufsicht Süd,
- Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr,
- Regionale Planungsgemeinschaft,
- Stadt Mansfeld,
- Landkreis Mansfeld-Südharz und
- Abwasserzweckverband Wipper-Schlenze.

- Ausgangszustandsbericht (AZB) gem. § 10 Abs. 1a BImSchG -


Der AZB soll den Zustand des Bodens und des Grundwassers auf dem Anlagengrundstück darstellen. Er dient als Beweissicherung und Vergleichsmaßstab für die Rückführungs- pflicht bei Anlagenstilllegung nach § 5 Absatz 4 BImSchG. Ein Betreiber muss mit Blick auf eine mögliche Verschmutzung des Bodens und Grundwassers einen AZB erstellen, wenn im Rahmen seiner IE-Tätigkeit relevante gefährliche Stoffe verwendet, erzeugt oder freigesetzt werden und eine Verschmutzung des Bodens oder des Grundwassers auf dem Anlagengrundstück durch die relevanten gefährlichen Stoffe möglich ist.


2.1 Öffentlichkeitsbeteiligung

Gemäß § 10 Abs. 3 Satz 1 BImSchG i. V. m. den §§ 8 und 9 der 9. BImSchV ist das Vorhaben zur wesentlichen Änderung der Drahtgießanlage für Nichteisenmetalle (Kupfer und Kupferlegierungen), öffentlich bekannt zu machen.

Entsprechend § 8 der 9. BImSchV wurde das Vorhaben am 15.11.2016 in der Mitteldeutschen Zeitung, Ausgabe Hettstedt, sowie im Amtsblatt für das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt 11/2016 öffentlich bekannt gemacht. Der Antrag und die Antragsunterla-

Während der Einwendungsfrist vom 23.11.2016 bis einschließlich 05.01.2017 wurde eine Einwendung erhoben.


Nachfolgend wird gem. § 21 Abs.1 Nr. 5 der 9. BImSchV die Behandlung der Einwendung dargestellt.

1. Anlagenbezogener Fahrverkehr im öffentlichen Raum

Es wird eingewendet, dass Angaben zu erwartenden Verkehrs- und Immissionsbelastungen der Mansfelder Straße im OT Großörner fehlen. Es wird befürchtet, dass sich der Zustand der Gemeindestraße Großörner aufgrund des erhöhten Verkehrsaufkommens verschlechtert.

In den Antragsunterlagen ist beschrieben, dass die Materialanlieferung zur Drahtgießanlage mit LKW und per Bahn erfolgt. Als Materialeingang für die Anlage werden im Mittel 4 LKW pro Tag angegeben. Die Anlieferung erfolgt aus Richtung Hettstedt über die Straße Lichtlöcherberg bzw. in Richtung Mansfeld über die Mansfelder Straße (ehem. B86).

Die Stadt Mansfeld als Straßenbaulastträger der Mansfelder Straße in Großörner hat mit Schreiben vom 17.01.2017 mitgeteilt, dass sie davon ausgeht, dass täglich 4 LKW zusätzlich zum jetzigen Verkehrsaufkommen keine erhebliche Mehrbelastung darstellen.

Lärmschutzrechtlich wird dieser Punkt der Einwendung wie folgt bewertet:


Die Berücksichtigung der Verkehrsgeräusche auf öffentlichen Verkehrsflächen ist in Punkt 7.4 Abs. 2 der TA Lärm geregelt. Danach sind Geräusche des An- und Abfahrtverkehrs auf öffentlichen Straßen in einem Abstand von bis zu 500 m vom Betriebs-
grundstück nach der Verkehrslärmschutzverordnung (16. BImSchV) zu ermitteln und zu bewerten.

Die Geräusche des Fahrverkehrs auf der öffentlichen Straße sollen durch Maßnahmen organisatorischer Art soweit wie möglich minimiert werden, wenn

• sie den Beurteilungspegel für Verkehrsgeräusche um mindestens 3 dB(A) erhöhen,
• keine Vermischung mit dem übrigen Verkehr erfolgt ist und
• die Immissionsgrenzwerte der 16. BImSchV erstmals oder weitergehend überschritten werden.

Die Prüfung ergab, dass der anlagebezogene Verkehr auf der öffentlichen Verkehrsfläche im Hinblick auf die Prüfung der Genehmigungsfähigkeit des Vorhabens aus lärmschutzrechtlicher Sicht nicht weiter zu untersuchen war.

Laut Antragsunterlagen erfolgt die Materialanlieferung zur Drahtgießanlage mit LKW und per Bahn. Die Transporte über die öffentliche Straße mit LKW erfolgen ausschließlich tags zwischen 06:00 und 22:00 Uhr. Mit der Anlieferung über die Mansfelder Straße, die zur B 180n führt, kommt es zu einer Vermischung mit dem übrigen Verkehr. Ebenso führt ein Verkehrsaufkommen von 4 LKW pro Tag nicht zu einer Verdopplung des bereits bestehenden Verkehrsaufkommens auf der Mansfelder Straße bzw. dem Lichtlöcherberg und damit nicht zur Erhöhung des Beurteilungspegels für Verkehrsgeräusche um 3 dB(A). Das Verkehrsaufkommen kann damit auch nicht zu einer erstmaligen oder weiteren Überschreitung zulässiger Immissionsgrenzwerte der 16. BImSchV am Tag führen. Eine gleichzeitige Erfüllung der genannten Bedingungen tritt nicht ein.

Damit sind auf der Grundlage der TA Lärm für den Fahrverkehr auf der öffentlichen Straße auch keine Minderungsmaßnahmen organisatorischer Art zu fordern. Schädliche Umwelteinwirkungen durch Straßenverkehrsgeräusche, verursacht durch den anlagenbezogenen Fahrverkehr, sind nicht zu befürchten.

2. Anlagenbezogener Fahrverkehr auf dem Betriebsgelände

Es wird bei der Auflistung der täglichen Anzahl der LKWs von einem erhöhten Verkehrsaufkommen ausgegangen. Eine Doppelbelastung wird befürchtet.

Zur Beurteilung der lärmseitigen Auswirkungen der beantragten Änderung beinhalten die Antragsunterlagen eine Schallimmissionsprognose für den Gesamtstandort, in der der vor Umsetzung der geplanten Änderung bestehende Betriebsstandort betrachtet wird, sowie eine Schallimmissionsprognose für die Errichtung und den Betrieb der zwei Drahtgießanlagen.

Im Gutachten zum Gesamtstandort, auf das sich die Einwendung offenbar bezieht, ist unter 7.3 „Anlagenbezogener Fahrverkehr auf dem Betriebsgelände“ der Gesamtfahrverkehr durch Lkw (202 LKWs tagsüber, 3 LKWs nachts) dargestellt. Im Vergleich dazu geht aus dem Gutachten der beantragten Änderung (Punkt 6.3 „Anlagenbezogener Fahrverkehr auf dem Betriebsgelände“) hervor, dass für den Betrieb der Drahtgießanlagen lediglich mit einem geringfügigen Verkehrsaufkommen (9 LKWs tagsüber auf dem Betriebsgelände) zu rechnen ist.
Lärmschutzrechtlich wird dieser Punkt der Einwendung wie folgt bewertet:

Die Fahrzeuggeräusche auf dem Betriebsgrundstück sowie bei der Ein- und Ausfahrt sind gemäß TA Lärm Nr. 7.4 Abs. 1 der zu beurteilenden Anlage zuzurechnen und zusammen mit den übrigen zu berücksichtigenden Anlagengeräuschen bei der Ermittlung der Zusatzbelastung zu erfassen und zu beurteilen.


Die Prüfung und Beurteilung der durch die Anlage verursachten Geräuschimmissionen ergab, dass durch den Betrieb der Anlage keine schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche verursacht werden. Die zulässigen Immissionsrichtwerte werden durch den Betrieb der Drahtgießanlage unter Berücksichtigung des Fahrverkehrs auf dem Betriebsgrundstück an allen untersuchten Immissionsorten am Tag um mindestens 7 dB(A) und in der Nacht um mindestens 14 dB(A) unterschritten.

3 Entscheidung

Die Genehmigung auf der Grundlage der §§ 16 und 10 BImSchG wird erteilt, da bei Beachtung der Nebenbestimmungen unter Abschnitt III dieses Bescheides, die aufgrund § 12 Abs. 1 BImSchG i. V. m. § 36 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) auferlegt werden konnten, sichergestellt ist, dass die Genehmigungsvoraussetzungen der §§ 5 und 6 i. V. m. § 10 BImSchG erfüllt sind.

Die aufgegebenen Nebenbestimmungen sind zulässig, erforderlich und geeignet, die Beschäftigten, die Nachbarschaft und die Allgemeinheit vor unzulässigen schädigenden Einwirkungen zu schützen, welche insbesondere auch Gefahren für Leben und Gesundheit der Bürger hervorrufen können.

Gemäß § 18 BImSchG setzt die Genehmigungsbehörde im pflichtgemäßen Ermessen eine Frist für die Inbetriebnahme der Anlage, um sicherzustellen, dass die Anlage bei ihrer Inbetriebnahme dem aktuellen Stand der Technik entspricht.

Dem vorliegenden Antrag zur wesentlichen Änderung der Drahtgießanlage für Nichteisenmetalle (Kupfer und Kupferlegierungen) durch Erhöhung der Verarbeitungskapazität an Flüssigmetall von 16,8 t/d auf 91,1 t/d und Errichtung und Betrieb von zwei Drahtgießmaschinen wird daher stattgegeben.

Für Amtshandlungen in Angelegenheiten der Landesverwaltung sind auf der Grundlage von § 1 Abs. 1 Nr. 1 Verwaltungskostengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (VwKostG LSA) Kosten (Gebühren und Auslagen) zu erheben, wenn die Beteiligten zu der Amtshandlung Anlass gegeben haben. Die MKM Mansfelder Kupfer und Messing GmbH hat mit ihrem Antrag vom 26.07.2016 Anlass zu dieser Entscheidung gegeben und hat somit die Kosten des Genehmigungsverfahrens zu tragen.
4 Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen

4.1 Allgemeine Nebenbestimmungen

Mit den allgemeinen Nebenbestimmungen unter Abschnitt III Nr. 1 dieses Bescheides wird abgesichert, dass die Anlage antragsgemäß errichtet und betrieben wird, die Auflagen dieses Bescheides erfüllt werden und die Überwachungsbehörden ihrer Aufsichtspflicht nachkommen können.

Gem. § 21 Abs. 2a Nr. 3 der 9. BImSchV sind Maßnahmen im Hinblick auf von den normalen Betriebsbedingungen abweichende Bedingungen zu treffen.

4.2 Bauordnungs- und Planungsrecht


- Regional- und Landesplanung -


Mit Bezug auf § 13 Abs. 2 Landesentwicklungsgesetz (LEntwG) wurde durch die oberste Landesentwicklungsbehörde (Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr) festgestellt, dass das geplante Vorhaben als nicht raumbedeutsam im Sinne von raumbeanspruchend und raumbeeinflussend einzustufen ist. Eine landesplanerische Abstimmung ist nicht erforderlich. Durch das geplante Vorhaben wird kein zusätzlicher Raum in Anspruch genommen oder die räumliche Entwicklung bzw. Funktion des Gebietes beeinflusst.

Aus regional- und landesplanerischer Sicht bestehen keine Bedenken gegen das Vorhaben.

- Bauleitplanung -

Der Standort des Vorhabens befindet sich im nördlichen Bereich von Großörner, Ortsteil der Einheitsgemeinde Stadt Mansfeld.

Planungsrechtlich ist festzustellen, dass sich das Flurstück 191/5 eindeutig innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles befindet und die vorhandene Bebauung trotz bestehender Baulücken den Eindruck der Geschlossenheit (Zusammengehörigkeit) vermittelt. Da weder ein rechtsgültiger vorbereitender noch ein verbindlicher Bauleitplan für diesen Bereich der Kommune vorliegen, wird das Grundstück durch die Eigenart seines Umlandes geprägt. Dieses ist bestimmt durch Produktionsgebäude u. ä. mit überwiegend industriellen Charakter.
Entspricht die Eigenart der näheren Umgebung, wie im vorliegenden Sachverhalt, einem Baugebiet der Baunutzungsverordnung (BauNVO), beurteilt sich nach § 34 Abs. 2 Bauge- setzbuch (BauGB) die Zulässigkeit eines Vorhabens allein danach, ob es nach der BauNVO in diesem Baugebiet allgemein zulässig wäre. Das geplante Vorhaben, in Verbin- dung mit dem Bestand, erfüllt als eine industrietypische Gesamtanlage den allgemeinen Zulässigkeitstatbestand und ist mit der Zweckbestimmung des Industriegebietes vereinbar (§ 9 BauNVO).

Nach erfolgter Einzelfallprüfung lässt sich feststellen, dass das Vorhaben nicht geeignet ist, bodenrechtlich beachtliche Spannungen zu begründen oder vorhandene zu erhöhen. Die Zu- und Abfahrt erfolgt über angrenzende innerörtliche Straße.

Planungsrechtlich ist das Vorhaben gemäß § 34 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 9 Abs. 2 Punkt 1 BauNVO zulässig, da auch von einer für das geplante Vorhaben gesicherten infrastruktu- rellen Erschließung auszugehen ist.


4.3 Brand- und Katastrophenschutz / Kampfmittel

Die vom Vorhaben betroffene Fläche wurde auf das Vorliegen eines Kampfmittelverdachts überprüft. Die Prüfung ergab, dass Erkenntnisse über eine Belastung dieser Fläche mit Kampfmitteln derzeit nicht vorliegen, so dass davon auszugehen ist, dass bei den beabsichtigten Maßnahmen keine Kampfmittel aufgefunden werden.


4.4 Immissionsschutz

- Luftreinhaltung -

Nach § 5 BImSchG (Pfichten der Betreiber genehmigungsbedürftiger Anlagen) sind ge- nehmigungsbedürftige Anlagen so zu errichten und zu betreiben, dass zur Gewährleistung eines hohen Schutzniveaus für die Umwelt insgesamt

1. schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft nicht hervor- gerufen werden können;

2. Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen getroffen wird, insbesondere durch die dem Stand der Technik entsprechenden Maßnahmen;
3. Abfälle vermieden, nicht zu vermeidende Abfälle verwertet und nicht zu verwertende Abfälle ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit beseitigt werden; Abfälle sind nicht zu vermeiden, soweit die Vermeidung technisch nicht möglich oder nicht zumutbar ist; die Vermeidung ist unzulässig, soweit sie zu nachteiligeren Umweltauswirkungen führt als die Verwertung; die Verwertung und Beseitigung von Abfällen erfolgt nach den Vorschriften des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und den sonstigen für die Abfälle geltenden Vorschriften;

4. Energie sparsam und effizient verwendet wird.

Für die betrachtete Anlage ist das BVT-Merkblatt „Merkblatt über die besten verfügbaren Techniken in der Gießereiindustrie“ maßgeblich.

Alle Maßnahmen, die zur Sauberkeit der Anlage beitragen, wirken staubemissionsmin-

dernd.

Ein ordnungsgemäßes Betriebsmanagement sichert eine maximale Verfügbarkeit und ei-

nen ordnungsgemäß Betrieb der Drahtgießanlagen und deren Nebeneinrichtungen.

Der Einbau eines Filterwächters dient der vorbeugenden Funktionsüberwachung des fil-

ternden Abscheiders.

Die baulichen und betrieblichen Anforderungen in Nummer 5.4.3.8.1 TA Luft zur Erfassung der Abgase gelten unabhängig von der Einhaltung der Staubbegrenzung. Sind die Abgase durch technische Einrichtungen erfasst, ist eine Ableitung gemäß Nr. 5.5 TA Luft vorzu-

nehmen, um einen ungestörten Abtransports mit der freien Luftströmung zu gewährleisten.

Die Festsetzung der Grenzwerte der Emissionsmassenströme Gesamtstaub und Kupfer erfolgen gemäß den Ziffern 5.2.1 und 5.2.2 - Klasse III - der TA Luft.

Die Festlegungen zur Messung und Überwachung der Emissionen entsprechen den Forde-

rungen der Nummern 5.3.1 und 5.3.2 der TA Luft.

Weiterhin kann festgestellt werden, dass es durch die Errichtung von zwei zusätzlichen Drahtgießmaschinen in Großörner nicht zu schädlichen Umwelteinwirkungen durch luftver-

unreinigende Stoffe im Sinne von Nr. 4 TA Luft oder Gerüche kommt.

Die Abluft der Emissionsquelle der RAUTOMEAD-Anlage und der Emissionsquelle der beiden UPCAST-Anlagen wird jeweils durch eine Filtergewebeentstaubung gereinigt. Der emittierte Emissionsmassenstrom unterschreitet den unter 4.6.1.1 der TA Luft festgelegten Bagatellmassenstrom für Staub deutlich. Auf eine Bestimmung der Emissionskenngrößen konnte daher im Genehmigungsverfahren verzichtet werden. Durch die geplante Erwei-

terung sind keine relevanten Geruchsemisionen zu erwarten. Zudem befindet sich in unmit-

telbarer Nähe der geplanten Anlage keine schutzbedürftige Wohnbebauung.

- Lärmsschutz -

Die Beurteilung der Genehmigungsfähigkeit der Anlage beruht auf der in den Antragsunter-

lagen enthaltenen Schallimmissionsprognose der Fa. GICON GmbH vom 08.07.2016 (Be-

Untersucht wurden die auftretenden anlagenbezogenen Geräusche an 16 umliegenden Immissionsorten der Stadt Hettstedt und Mansfeld, OT Großörner. Da die untersuchten Immissionsorte größtenteils direkt an die industrielle Nutzung angrenzen ist von einer typischen Gemengelage gemäß TA Lärm Nr. 6.7 auszugehen. Die geltenden Immissionsrichtwerte für die zum Wohnen dienenden Gebiete wurden auf der Grundlage der gegenseitigen Rücksichtnahme um bis zu 5 dB(A) auf max. 60 dB(A) am Tag und 45 dB(A) in der Nacht angehoben.

In Auswertung der Geräuschimmissionsprognose ergibt sich, dass unter Berücksichtigung der gewählten Bauausführung und durch arbeitsorganisatorische Maßnahmen gewährleistet werden kann, dass durch den Betrieb der erweiterten Drahtgießanlage einschließlich der erforderlichen Fahrbewegungen keine schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche hervorgerufen werden. Die schalltechnischen Berechnungen weisen für die Zusatzbelastung der Anlage Geräuschimmissionen aus, die an allen Immissionsorten die jeweils zulässigen Immissionsrichtwerte am Tag um mindestens 7 dB(A) und in der Nacht um mindestens 14 dB(A) unterschreiten.

Für die Tagzeit wurden als maßgebliche Immissionsorte im Einwirkungsbereich der Drahtgießanlage lediglich die Immissionsorte Hettstedt Schloßstr. 37 und Hettstedt Lichtlöcherberg 36 ermittelt. Die durch die Gesamtbelastung einzuhaltenden Immissionsrichtwerte betragen an diesen Immissionsorten gemäß TA Lärm Nr. 6.1.c 60 dB(A) tags, 45 dB(A) in der Nacht. Alle weiteren betrachteten Immissionsorte befinden sich weder am Tag noch in der Nacht im Einwirkungsbereich der Anlage.

Für die Tagzeit erfolgte eine Untersuchung der bestehenden Vorbelastung und der zu erwartenden Gesamtbelastung. Im Ergebnis der Betrachtung ist festzustellen, dass die max. zulässigen Immissionsrichtwerte auch durch die Gesamtbelastung am Tag sicher eingehalten werden. Die Gesamtbelastung unterschreitet den zulässigen Tagrichtwert am Immissionsort Hettstedt, Schloßstraße um 6 dB(A) und am Immissionsort Hettstedt, Lichtlöcherberg um 5 dB(A).

Es wurde weiterhin der Nachweis erbracht, dass die zulässigen Immissionsrichtwerte für Einzelereignisse am Tag und in der Nacht an allen betrachteten Immissionsorten mit Sicherheit eingehalten werden.

Eine Betrachtung der anlagenbezogenen Verkehrsgeräusche auf öffentlichen Straßen nach Nr. 7.4. der TA Lärm in einem Abstand von bis zu 500 m führt zu dem Ergebnis, dass aufgrund des geringen Verkehrssaufkommens zur Anlage von ca. 4 LKW in der Tagzeit eine Erhöhung der Verkehrsgeräuschimmissionen um 3 dB(A) auszuschließen ist.

Maßnahmen zur Minderung der Geräusche auf der öffentlichen Straße sind damit nicht zu veranlassen.

Der Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche ist sichergestellt, die beantragte Anlage kann ursächlich nicht zum Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen beitragen. Die Anlage ist unter der Voraussetzung der Einhaltung der Nebenbestimmungen aus lärmschutzrechtlicher Sicht genehmigungsfähig.
4.5 Gewährleistung des Arbeitsschutzes und der technischen Sicherheit


4.6 Wasserrecht

Das Vorhaben befindet sich in einem per Verordnung vom 15.08.1997 durch das damalige Regierungspräsidium Halle festgesetzten Überschwemmungsgebiet der Wipper. In diesen Gebieten ist die Errichtung bzw. Erweiterung von baulichen Anlagen gemäß § 78 (1) Nr. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) untersagt.

Die zuständige Behörde kann gemäß § 78 (3) WHG auf Antrag eine Ausnahmegenehmigung erteilen, wenn im Einzelfall das Vorhaben die Hochwasserrückhaltung nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt und der Verlust von verlorengegangenem Rückhalteraum zeitgleich ausgeglichen wird, den Wasserstand und den Abfluss bei Hochwasser nicht nachteilig verändert, den bestehenden Hochwasserschutz nicht beeinträchtigt und hochwasserangepasst ausgeführt wird.

Die Drahtgießmaschinen werden in einem bestehenden Gebäude errichtet und haben somit keine Relevanz für die Untersagung durch das o. g. Gesetz zum Bau im Überschwemmungsgebiet. Außerhalb des Gebäudes sind zwei Kühltürme und ein Staubfilter vorgesehen, welche auf einer bereits versiegelten Betonfläche aufgestellt werden. Für die Aufstellung der genannten Nebeneinrichtungen ist ein entsprechendes Fundament auf der Betonfläche vorgesehen. Die Flächengröße des Fundaments beträgt für den Filter 25,6 m². Die Kühltürme werden auf einem Stahlblech-Container errichtet, wobei die Flächengröße des Fundaments 20,8 m² beträgt. Insgesamt ergibt sich damit eine Fläche von 46,4 m² auf einer bereits vorhandenen Betonfläche. Die Fundamente auf den bereits vorhandenen versiegelten Flächen sind analog zu den Drahtgießmaschinen nicht relevant.

Durch die Errichtung aller o. g. Anlagen im Überschwemmungsgebiet der „Wipper“ sind nachhaltige negative Auswirkungen auf den Hochwasserschutz nicht zu erwarten. Der Hochwasserabfluss und die Höhe des Wasserstandes werden durch diese baulichen Anlagen nur unwesentlich beeinträchtigt.

Von einem Antrag auf Ausnahmegenehmigung und somit von einem Ausgleich des verlorengegangen Rückhalteraumes nach § 78 (3) Nr. 1 WHG sieht die Untere Wasserbehörde bei dieser bestehenden Versiegelung ab.

Eine Lagerung von wassergefährdenden Stoffen findet im Bereich der Anlagen nicht statt.

In den Kippvorrichtungen der Induktionsöfen werden jeweils 40 l Hydraulikflüssigkeit verwendet. Im Notstromaggregat befinden sich 0,47 m³ Diesel und 36 l Öl. Diese Anlagen sind Anlagen zum Verwenden von wassergefährdenden Stoffen.

Die Induktionsöfen befinden sich auf der wasserundurchlässigen Fläche des Hallenbodens, das Notstromaggregat hat eine undurchlässige Stahlwanne. Somit ist ein Eindringen
wassergefährdender Stoffe in Grund- oder Oberflächengewässer nicht zu erwarten. Die Volumina erlauben eine Einstufung der Anlagen in die Gefährdungsstufe A.

Im Überschwemmungsgebiet dürfen Anlagen zum Verwenden wassergefährdender Stoffe im Bereich der gewerblichen Wirtschaft nur so eingebaut, aufgestellt und betrieben werden, dass sie nicht aufschwimmen oder anderweitig durch Hochwasser beschädigt werden und dass keine wassergefährdenden Stoffe aus den Anlagen austreten können.

Der vorgesehenen Entsorgung des in geringen Mengen anfallenden Ab- und Niederschlagswassers kann die zuständige Wasserbehörde zustimmen. Auflagen zum Gewässerschutz waren nicht erforderlich.

4.7 Abfallrecht


4.8 Bodenschutz

Das Vorhaben ist auf einer Betriebsfläche geplant, die beim Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt in der Datei über schädliche Bodenveränderungen unter der Reg.-Nr. 15087275 5 05056 als Altstandort im Sinne von § 2 Abs. 6 des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG).

Die Drahtgießmaschinen werden in einer bereits vorhandenen Produktionshalle errichtet, so dass keine Auswirkungen auf das Schutzgut Boden zu besorgen sind. Lt. Aufstellungsplan werden lediglich zwei Kühlturne und ein Staubfilter außerhalb der Halle auf einer versiegelten Fläche neu errichtet, so dass dadurch kaum Bodenaushub anfallen wird.

Sollte Bodenaushub anfallen, ist davon auszugehen, dass dieser produktionsbedingt mit Schwermetallen angereichert ist. Insofern sollte dieser innerhalb des Betriebsgeländes bzw. auf der betriebseigenen Deponie verwertet werden, sofern die Analysenergebnisse nicht eine Entsorgung außerhalb des Betriebsstandortes fordern.

4.9 Denkmalschutz

Im Planungsgebiet sind keine archäologischen Kulturdenkmale gem. § 2 Abs. 2 Nr. 3 und 4 Denkmalschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (DenkmSchG LSA) bekannt. Belange der Bau- und Kunstdenkmalpflege werden nicht berührt.
4.10 **Naturschutz**

Der Standort des geplanten Vorhabens liegt im Innenbereich nach § 34 BauGB. Gemäß § 18 Abs. 2 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) sind die §§ 14 bis 17 BNatSchG bei Vorhaben im Innenbereich nach § 34 BauGB nicht anzuwenden. Das Vorhaben ist nicht als Eingriff in Natur und Landschaft anzusehen.

4.11 **Betriebseinstellung**

Gemäß § 5 Abs. 3 BImSchG sind genehmigungsbedürftige Anlagen so zu errichten, zu betreiben und stillzulegen, dass auch nach einer Betriebseinstellung

1. von der Anlage oder dem Anlagengrundstück keine schädlichen Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft hervorgerufen werden können,
2. vorhandene Abfälle ordnungsgemäß und schadlos verwertet oder ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit beseitigt werden und
3. die Wiederherstellung eines ordnungsgemäßen Zustandes des Betriebsgeländes gewährleistet ist.

Die Pflichten nach § 5 Abs. 3 BImSchG entstehen nicht erst mit der Betriebseinstellung. Vielmehr gehört es gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG zu den Genehmigungsvoraussetzungen, dass die Erfüllung auch dieser Pflichten sichergestellt ist. Deshalb können bereits mit dem Genehmigungsbescheid Nebenbestimmungen für den Zeitraum nach der Betriebseinstellung verbunden werden. Es bestehen keine Hinweise darauf, dass die Antragstellerin im Falle einer tatsächlichen Betriebseinstellung ihren diesbezüglichen Pflichten nicht nachkommen wird. Dennoch erscheint es erforderlich, die jetzt absehbar notwendigen Maßnahmen zur ordnungsgemäßen Durchführung dieser Aufgabe vorzuschreiben. Weitergehende Maßnahmen können erst im Rahmen einer Anzeige nach § 15 Abs. 3 BImSchG festgelegt werden.

5 **Kosten**

Die Kostenentscheidung beruht auf § 52 Abs. 4 Satz 1 BImSchG sowie auf den §§ 1, 3, 5 und 14 VwKostG LSA.

Über die Höhe der Kosten ergeht ein gesonderter Kostenfestsetzungsbescheid.

6 **Anhörung gem. § 1 Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Sachsen-Anhalt (VwVfG LSA) i. V. m. § 28 Abs. 1 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)**

Über die beabsichtigte Entscheidung ist die Antragstellerin am 10.02.2017 informiert worden. Gleichzeitig erhielt sie nach § 1 VwVfG LSA i. V. m. § 28 VwVfG die Gelegenheit sich zu entscheidungserheblichen Tatsachen zu äußern. Die Antragstellerin äußerte sich mit
Schreiben vom 20.02.2017 (Posteingang am 01.03.2017) und Fax vom 14.03.2017 zu den
descheidungserheblichen Tatsachen.

Es wird um eine Erweiterung der Nebenbestimmung 1.5 wie folgt gebeten:
„Die Betreiberin hat sich zu stellen, dass die zuständige Überwachungsbehörde, zum
Zwecke einer wirksamen Kontrolle der Umsetzung des Bescheides, Fotos von den im Zu-
sammenhang mit den Regelungen des Bescheides stehenden Sachen, die keine perso-
nenbezogenen Daten oder Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse enthalten, zur internen
Verwendung anfertigen darf. Die Betreiberin erhält Kopien dieser Fotos.“

Dem Vorschlag wurde gefolgt und die Nebenbestimmung 1.5 entsprechend geändert.

In Nebenbestimmung 3.1.11 wird ein Anwendungsverbot für Hexachlorethan ausgespro-
chen. Da die Antragstellerin dessen Verwendung weder im Antrag zur Änderung der
Drahtgießanlage beantragt hat, noch in der Praxis diesen Stoff tatsächlich verwendet, wird
um Streichung dieses Teils der Nebenbestimmung gebeten.

Da die Verwendung von Hexachlorethan nicht in den Antragsunterlagen aufgeführt ist und
die Antragstellerin im Rahmen der Anhörung versichert hat, dass Hexachlorethan nicht
verwendet wird, konnte dem Vorschlag gefolgt werden.

V Hinweise

1 Allgemeines

1.1 Die Genehmigung schließt andere, die Anlage betreffende behördliche Entscheidungen im
Rahmen des § 13 BImSchG ein.

1.2 Die Genehmigung erlischt, wenn die Anlage während eines Zeitraumes von mehr als drei
Jahren nicht mehr betrieben worden ist.

1.3 Gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG besteht die Verpflichtung, die Anlage so zu errichten
und zu betreiben, dass Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen getrof
fen wird.

1.4 Wird bei einer Anlage nach der IE-Richtlinie gemäß § 31 Abs. 3 BImSchG festgestellt,
dass Anforderungen nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG nicht eingehalten werden, hat die Be-
treiberin dies der zuständigen Behörde unverzüglich mitzuteilen.

1.5 Gemäß § 31 Abs. 4 BImSchG hat die Betreiberin eine Anlage nach der IE-Richtlinie bei
allen Ereignissen mit schädlichen Umwelteinwirkungen die zuständige Behörde unverzüg-
lich zu unterrichten, soweit sie hierzu nicht bereits nach § 4 Umweltschadensgesetz
(USchadG) oder nach § 19 der 12. BImSchV verpflichtet ist.

1.6 Entsprechend § 17 BImSchG können zur Erfüllung der sich aus diesem Gesetz und aus
den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen ergebenden Pflichten
nach Erteilung der Genehmigung Anordnungen getroffen werden.

1.7 Die Änderung der Lage, der Beschaffenheit oder des Betriebes einer genehmigungsbe-
dürftigen Anlage ist, sofern eine Genehmigung nicht beantragt wird, der zuständigen Be-
hörde mindestens einen Monat bevor mit der Änderung begonnen werden soll, schriftlich
anzugeben, wenn sich die Änderung auf in § 1 BImSchG genannte Schutzgüter auswirken kann. Der Anzeige sind Unterlagen im Sinne des § 10 Abs. 1 Satz 2 BImSchG beizufügen, soweit diese für die Prüfung erforderlich sein können, ob das Vorhaben genehmigungsbe- 
dürftig ist (§ 15 Abs. 1 BImSchG).

1.8 Auf die §§ 324 ff. (Straftaten gegen die Umwelt) des Strafgesetzbuches (StGB) und auf die Vorschriften über Ordnungswidrigkeiten nach § 62 BImSchG wird hingewiesen.

1.9 Kommt die Betreiberin einer genehmigungspflichtigen Anlage einer Auflage, einer vollziehbaren nachträglichen Anordnung oder einer abschließend bestimmten Pflicht nicht nach, so kann die zuständige Behörde gemäß § 20 BImSchG den Betrieb ganz oder teilweise untersagen.

2 Planungsrecht

Der Gesamtproduktionsstandort befindet sich überwiegend im durch Verordnung festge- setzten Überschwemmungsgebiet der „Wipper“, Gewässer I. Ordnung.

3 Immissionsschutz

Die im Anhang 6 der TA Luft aufgeführten Richtlinien und Normen des VDI/DIN-Handbueches „Reinhaltung der Luft“ sind bei der Auswahl der Messverfahren und der Durchführung der Emissionsmessungen zu beachten. (TA Luft 5.3.2.3)

<table>
<thead>
<tr>
<th>Messobjekt</th>
<th>VDI-Richtlinie</th>
<th>DIN/EN Norm</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Durchführung von Emissionsmessenungen</td>
<td>15259</td>
<td>01.2008</td>
</tr>
<tr>
<td>Messunsicherheit</td>
<td>4219</td>
<td>08.2009 ISO 20988</td>
</tr>
<tr>
<td>Abgasgeschwindigkeit</td>
<td>ISO 16911-1</td>
<td>06.2013</td>
</tr>
<tr>
<td>Staub (allgemein)</td>
<td>2066 Bl. 1</td>
<td>11.2006 ISO 13284-1</td>
</tr>
<tr>
<td>Staub (niedrige Konzentrationen)</td>
<td>14385</td>
<td>05.2004</td>
</tr>
<tr>
<td>Staubinhaltstoffe: Schwermetalle</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

4 Wasserrecht

Auf die Einhaltung der Anforderungen der wasserrechtlichen Anordnung vom 30.11.2015 wird hingewiesen.

5 Abfallrecht

Bei der Errichtung der geplanten Anlagen und den hierbei erforderlichen Baumaßnahmen sind Abfälle in erster Linie zu vermeiden. Wenn die Abfallentstehung nicht vermeidbar ist, sind die anfallenden Abfälle einer Verwertung zuzuführen, soweit dies technisch möglich
und wirtschaftlich zumutbar ist (§ 7 Abs. 2, 4 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG)). Dabei ist einer hochwertigen Verwertung der Vorrang zu geben (§ 8 Abs. 1 KrWG). Nur nicht vermeidbare und nicht verwertbare Abfälle sind nach den Grundsätzen der Gemeinwohlverträglichkeit in zugelassenen Anlagen oder Einrichtungen zu beseitigen (§ 15 Abs. 2, § 28 Abs. 1 KrWG).

6 Bodenschutz

6.1 Jeder, der auf den Boden einwirkt, hat sich so zu verhalten, dass schädliche Bodenveränderungen i. S. des BBodSchG nicht hervorgerufen werden (§ 4 BBodSchG).

6.2 Mit Grund und Boden soll sparsam und schonend umgegangen werden. Dabei sind Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen. Vorrangig sind bereits versiegelte, sanierte, baulich veränderte oder bebaute Flächen wieder zu nutzen (§ 1 Abs. 1 Bodenschutz-Ausführungsgesetz Sachsen-Anhalt - BodSchAG LSA).

6.3 Mutterboden, der bei der Errichtung und Änderung baulicher Anlagen sowie bei wesentlichen anderen Veränderungen der Erdoberfläche ausgehoben wird, ist in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung oder Vergeudung zu schützen (§ 202 BauGB).

7 Denkmalschutz

7.1 Nach § 9 Abs. 3 DenkmSchG LSA sind Befunde mit dem Merkmal eines Kulturdenkmals bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige unverändert zu lassen, eine wissenschaftliche Untersuchung durch das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie oder von ihm Beauftragter ist zu ermöglichen.

8 Naturschutz

8.1 Auf die Einhaltung der artenschutzrechtlichen Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes nach § 39 BNatSchG (Allgemeiner Schutz wildlebender Tiere und Pflanzen) wird hingewiesen. Artenschutzrechtliche Verstöße sind auszuschließen.

8.2 Bei der geplanten Maßnahmenumsetzung, insbesondere bei der baulichen Veränderung der Werkshallen, sind die artenschutzrechtlichen Vorschriften des § 44 Abs. 1 BNatSchG zu beachten.

9 Zuständigkeiten

Aufgrund von § 1 Abs. 1 VwVfG LSA i. V. m. § 3 Abs. 1 Nr. 1 VwVfG sowie
- der Immi-ZustVO,
- den §§ 10 - 12 Wassergesetz für das Land Sachsen-Anhalt (WG LSA),
• der Verordnung über abweichende Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Wasserrechts (Wasser-ZustVO),
• den §§ 32, 33 Abfallgesetz Sachsen-Anhalt (AbfG LSA),
• der Abfallzuständigkeitsverordnung (Abf ZustVO),
• der Arbeitsschutzzuständigkeitsverordnung (ArbSch-ZustVO),
• den §§ 55 - 59 BauO LSA sowie
• den §§ 1, 19 und 32 Brandschutzgesetz (BrSchG)

sind für die Überwachung der Ausführung der wesentlichen Änderung der Anlage folgende Behörden zuständig:

a) das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt als
   - Obere Immissionsschutzbehörde,
   - Obere Wasserbehörde

b) das Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt, Dezernat 57 - Gewerbeaufsicht Süd, für die technische Sicherheit und den Arbeitsschutz,

c) das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt als obere Behörde für Raumplanung,

d) der Landkreis Mansfeld-Südharz als
   - Untere Baubehörde,
   - Untere Denkmalschutzbehörde,
   - Untere Wasserbehörde,
   - Untere Abfallbehörde,
   - Untere Naturschutzbehörde,
   - Untere Bodenschutzbehörde und
   - Untere Behörde für Brand- und Katastrophenschutz / Kampfmittel.

VI Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage bei dem Verwaltungsgericht Halle (Justizzentrum Halle, Thüringer Str. 16, 06112 Halle (Saale)) erhoben werden.

Im Auftrag

Helmecke
**ANLAGE 1 Antragsunterlagen**

Unterlagen zum Antrag der MKM Mansfelder Kupfer und Messing GmbH auf Erteilung einer Genehmigung zur wesentlichen Änderung einer Drahtgießanlage für Kupfer und Kupferlegierungen durch Erhöhung der Verarbeitungskapazität an Flüssigmetall von 16,8 t/d auf 91,1 t/d am Standort Hettstedt gemäß § 16 BImSchG vom 26.07.2016

<table>
<thead>
<tr>
<th>Kapitel</th>
<th>Inhalt der Antragsunterlagen (Ordner 1 von 2)</th>
<th>Anzahl der Blätter</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>0</td>
<td>Inhaltsverzeichnis</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Deckblatt</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Inhaltsverzeichnis</td>
<td>3</td>
</tr>
<tr>
<td>1</td>
<td>Antrag</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>1.1</td>
<td>Antragsinhalt</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>1.2</td>
<td>Kurzbeschreibung des Vorhabens</td>
<td>4</td>
</tr>
<tr>
<td>1.3</td>
<td>Angaben zum Standort</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>1.4</td>
<td>Anhang</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Formular 0</td>
<td>Verzeichnis der Antragsunterlagen</td>
<td>4</td>
</tr>
<tr>
<td>Formular 1</td>
<td>Antrag auf Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)</td>
<td>3</td>
</tr>
<tr>
<td>Formular 1a</td>
<td>Wesentliche Änderung nach § 16 BImSchG</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>Formular 1c</td>
<td>Antrag auf Zulassung des vorzeitigen Beginns nach § 8a BImSchG</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang 1-1</td>
<td>Topografische Karte M 1 : 25 000</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang 1-2</td>
<td>Übersichtslageplan M 1 : 2000</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang 1-3</td>
<td>Lageplan M 1 : 500</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>2</td>
<td>Angaben zur Anlage und zum Anlagenbetrieb</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>2.1</td>
<td>Anlagenüberblick, Betriebseinheiten</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>2.2</td>
<td>Ausrüstungsdaten</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>2.3</td>
<td>Anlagenbeschreibung</td>
<td>6</td>
</tr>
<tr>
<td>2.4</td>
<td>Betriebsbeschreibung</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>2.5</td>
<td>Anhang</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Formular 2.1</td>
<td>Anlagenteile / Nebeneinrichtungen</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>Formular 2.2</td>
<td>Betriebseinheiten</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>Formular 2.3</td>
<td>Ausrüstungsdaten</td>
<td>5</td>
</tr>
</tbody>
</table>
### Kapitel Inhalt der Antragsunterlagen (Ordner 1 von 2) Anzahl der Blätter

<table>
<thead>
<tr>
<th>Kapitel</th>
<th>Inhalt der Antragsunterlagen (Ordner 1 von 2)</th>
<th>Anzahl der Blätter</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Anhang 2-1</td>
<td>Maschinenaufstellungsplan Drahtgießanlagen inkl. Nebenanlagen M 1 : 250</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang 2-2</td>
<td>Verfahrensfließbild</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang 2-3</td>
<td>Datenblatt und Technische Beschreibung der beiden Kühltürme im Sekundärkreislauf</td>
<td>4</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang 2-4</td>
<td>Technische Beschreibung Gießmaschinenabsaugung, Filter und Abblasleitung</td>
<td>3</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang 2-5</td>
<td>Technische Beschreibung Notstromaggregat V440C2</td>
<td>8</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang 2-6</td>
<td>Abbildungen der UpCast-Gießanlage</td>
<td>2</td>
</tr>
</tbody>
</table>

#### 3 Stoffe, Stoffdaten, Stoffmengen

| 3.1 | Gehandhabte Stoffe, Stoffliste, Lageranlagen |
| 3.2 | Stoffidentifikation |
| 3.3 | Physikalische Stoffdaten |
| 3.4 | Sicherheitstechnische Stoffdaten |
| 3.5 | Gefahrstoffe, Biologische Arbeitsstoffe |
| 3.6 | Anhänge |

| Formular 3.1a | Gehandhabte Stoffe | 7 |
| Formular 3.1b | Stoffliste, Lageranlagen | 2 |
| Formular 3.2 | Stoffidentifikation | 1 |
| Formular 3.3 | Physikalische Stoffdaten | 1 |
| Formular 3.4 | Sicherheitstechnische Stoffdaten | 1 |
| Formular 3.5 | Gefahrstoffe / Biologische Arbeitsstoffe | 1 |
| Anhang 3-1 | Sicheheitsdatenblätter | 27 |

#### 4 Emissionen / Immissionen

<p>| 4.1 | Luftschadstoffe |
| 4.1.1 | Darstellung der von der Anlage ausgehenden Luftverunreinigungen |
| 4.1.2 | Emissionsquellen |
| 4.1.3 | Emissionen |
| 4.1.4 | Abgas- und Abluftreinigung |
| 4.1.5 | Schornsteinhöhnberechnung |
| 4.1.6 | Immissionsprognose (Schadstoffe) | 2 |</p>
<table>
<thead>
<tr>
<th>Kapitel</th>
<th>Inhalt der Antragsunterlagen (Ordner 1 von 2)</th>
<th>Anzahl der Blätter</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td><strong>4.1.7</strong></td>
<td>Immissionsprognose (Gerüche)</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>4.2</strong></td>
<td>Geräusche</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>4.2.1</strong></td>
<td>Schallquellen</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>4.2.2</strong></td>
<td>Dokumentation der Schallquellen und der Lärmminderungsmaßnahmen</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>4.3</strong></td>
<td>Sonstige Immissionen</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>4.4</strong></td>
<td>Emissionen von Treinhausgasen</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>4.5</strong></td>
<td>Anhänge</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Formular 4.1a</td>
<td>Emissionsquellen</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>Formular 4.1b</td>
<td>Emissionen</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>Formular 4.1c</td>
<td>Abgas- / Abluftreinigung</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang 4-1</td>
<td>Ableithöhenbestimmung für die Absaugluft der UpCast-Gießanlagen</td>
<td>11</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang 4-2</td>
<td>Schallimmissionsprognose des Betriebsstandortes Hettstedt der MKM GmbH</td>
<td>1, zusätzlich Ordner und CD</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang 4-3</td>
<td>Schallimmissionsprognose für zwei Drahtgießanlagen am Standort Hettstedt</td>
<td>117</td>
</tr>
</tbody>
</table>

| **5** | Anlagensicherheit | |
| **5.1** | Anwendungsbereich der 12. BImSchV | |
| **5.2** | Angaben zu Betriebsbereichen und Stoffen nach 12. BImSchV | 2 |
| **5.3** | Überwachungs- und Sicherheitskonzept | |
| **5.4** | Anhang | |
| Formular 5.1 | Anwendungsbereich der Störfall-Verordnung | 1 |

<p>| <strong>6</strong> | Wassergefährdende Stoffe / Löschwasserrückhaltung | |
| <strong>6.1</strong> | Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen | |
| <strong>6.2</strong> | Löschwasser-Rückhalteeinrichtungen | 2 |
| <strong>6.3</strong> | Anhang | |
| Formular 6.1d | Anlagen zum Herstellen / Behandeln / Verwenden wassergefährdende Stoffe | 2 |</p>
<table>
<thead>
<tr>
<th>Kapitel</th>
<th>Inhalt der Antragsunterlagen (Ordner 1 von 2)</th>
<th>Anzahl der Blätter</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>7</td>
<td>Abfälle / Wirtschaftsdünger</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>7.1</td>
<td>Abfallart / Entsorgung des Abfalls</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>Formular 7.1</td>
<td>Abfallart / Entsorgung des Abfalls</td>
<td>8</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang 7-1</td>
<td>Abfallkonzept Drahtgießanlagen</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>8</td>
<td>Abwasser</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>8.1</td>
<td>Anfall / Behandlung / Ableitung</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>8.2</td>
<td>Anhang</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>Formular 8</td>
<td>Abwasser</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>9</td>
<td>Arbeitsschutz</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>9.1</td>
<td>Angaben zum Arbeitsschutz</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>9.2</td>
<td>GefstoffV, TRGS, stoffbezogene berufsgenossenschaftliche Vorschriften und Richtlinien (BGVR), Merkblätter, Richtlinien, Geräte- und Produktsicherheitsgesetz</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>9.2.1</td>
<td>Biostoff-Verordnung</td>
<td>3</td>
</tr>
<tr>
<td>9.2.2</td>
<td>Sonstige Arbeitsschutzvorschriften</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>9.2.3</td>
<td>Organisatorische Arbeitsschutzmaßnahmen, Notfallvorsorge</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>9.3</td>
<td>Anhänge</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Formular 9</td>
<td>Angaben zum Arbeitsschutz</td>
<td>4</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang 9-1</td>
<td>Gefährdungsbeurteilung nach § 5 Arbeitsschutzgesetz für die bestehende Rautomead-Anlage</td>
<td>11</td>
</tr>
<tr>
<td>10</td>
<td>Brandschutz</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>10.1</td>
<td>Brandschutz</td>
<td>2</td>
</tr>
<tr>
<td>10.2</td>
<td>Anhang</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Formular 10</td>
<td>Brandschutzmaßnahmen</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang 10-1</td>
<td>Stellungnahme der Werkfeuerwehr zur Löschwasserversorgung mit Hydrantenplan</td>
<td>2</td>
</tr>
<tr>
<td>11</td>
<td>Energieeffizienz</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>Kapitel</td>
<td>Inhalt der Antragsunterlagen (Ordner 1 von 2)</td>
<td>Anzahl der Blätter</td>
</tr>
<tr>
<td>---------</td>
<td>---------------------------------------------</td>
<td>--------------------</td>
</tr>
<tr>
<td>12</td>
<td>Eingriffe in Natur und Landschaft im Sinne von § 6 NatSchG LSA i.Z.m. § 14 BNatSchG</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>12.1</td>
<td>Eingriff und Ausgleich</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>12.2</td>
<td>Landschaftsbild</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>12.3</td>
<td>Schutzgebiete</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>12.4</td>
<td>Anhang</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang 12-1</td>
<td>Schutzgebietskarte M 1 : 25 000</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>13</td>
<td>Umweltverträglichkeitsprüfung</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>13.1</td>
<td>Feststellung der UVP-Pflicht</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>Formular 13</td>
<td>Feststellung der Verpflichtung zur Durchführung einer UVP</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>14</td>
<td>Maßnahmen nach § 5 Abs. 3 BlmSchG bei Betriebseinstellung</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>14.1</td>
<td>Beschreibung der Maßnahmen</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>15</td>
<td>Unterlagen zu den nach § 13 BlmSchG eingeschlossenen Entscheidungen</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang 15-1</td>
<td>Prüfung AZB-Erfordernis für die geplanten UpCast-Gießanlagen</td>
<td>6</td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Kapitel</th>
<th>Inhalt der Antragsunterlagen (Ordner 2 von 2)</th>
<th>Anzahl der Blätter</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>16</td>
<td>Schallimmissionsprognose nach TA Lärm für den Betriebsstandort Hettstedt</td>
<td>64</td>
</tr>
<tr>
<td>Anlage 1</td>
<td>Lageplan Untersuchungsgebiet inkl. Darstellung der Umgebung, Schallquellen und Immissionsorte für den Tagzeitraum M 1 : 4000</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Lageplan Untersuchungsgebiet inkl. Darstellung der Umgebung, Schallquellen und Immissionsorte für den Nachtzeitraum M 1 : 4000</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>3D-Lageplan mit Darstellung der baulichen Lärmschutzmaßnahmen Nr. 12 (links), Nr. 14 (rechts) und Nr. 15 (oben)</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>3D-Lageplan mit Darstellung der baulichen Lärmschutzmaßnahmen Nr. 12 (oben links), Nr. 13 (unten links) und Nr. 15 (oben rechts)</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>Anlage 2</td>
<td>Dokumentation der Immissionsorte</td>
<td>12</td>
</tr>
<tr>
<td>Kapitel</td>
<td>Inhalt der Antragsunterlagen (Ordner 2 von 2)</td>
<td>Anzahl der Blätter</td>
</tr>
<tr>
<td>---------</td>
<td>----------------------------------------------</td>
<td>-------------------</td>
</tr>
<tr>
<td>Anlage 3</td>
<td>Schallimmissionsprognose nach TA Lärm für den Betriebsstandort Hettstedt</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>Vorbelastung durch Windpark Siersleben</td>
<td>Lageplan des Untersuchungsgebiets inkl. Darstellung der Umgebung, Schallquellen und Immissionsorte für die Vorbelastung des Windparks Siersleben M 1 : 8000</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Berechnungsergebnisse</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Anlage 4</td>
<td>Vorbelastung durch GKU mbH</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>Lageplan des Untersuchungsgebiets inkl. Darstellung der Umgebung, Schallquellen und Immissionsorte für die Vorbelastung der GKU mbH M 1 : 6000</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Berechnungsergebnisse</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Anlage 5</td>
<td>Vorbelastung durch nkt cables GmbH</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>Lageplan des Untersuchungsgebiets inkl. Darstellung der Umgebung, Schallquellen und Immissionsorte für die Vorbelastung der nkt cables GmbH M 1 : 6000</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Berechnungsergebnisse</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Anlage 6</td>
<td>Vorbelastung durch Mansfelder Aluminiumwerk GmbH</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>Lageplan des Untersuchungsgebiets inkl. Darstellung der Umgebung, Schallquellen und Immissionsorte für die Vorbelastung der Mansfelder Aluminiumwerk GmbH M 1 : 6000</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Berechnungsergebnisse</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Anlage 7</td>
<td>Vorbelastung durch Bebauungsplan Nr. 1A</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>Lageplan des Untersuchungsgebiets inkl. Darstellung der Umgebung, Schallquellen und Immissionsorte für die Vorbelastung des Bebauungsplanes Nr. 1A M 1 : 8000</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Berechnungsergebnisse</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Anlage 8</td>
<td>Vorbelastung durch Aluwerk Hettstedt GmbH</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>Lageplan des Untersuchungsgebiets inkl. Darstellung der Umgebung, Schallquellen und Immissionsorte für die Vorbelastung der Aluwerk Hettstedt GmbH M 1 : 6000</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Lageplan des Untersuchungsgebiets inkl. Darstellung der Umgebung, Schallquellen und Immissionsorte für die Vorbelastung der Aluwerk Hettstedt GmbH (Schmelz-/Gießanlage) M 1 : 6000</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Berechnungsergebnisse</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Lageplan des Untersuchungsgebiets inkl. Darstellung der Umgebung, Schallquellen und Immissionsorte für die Vorbelastung der Aluwerk Hettstedt GmbH (Presswerk) M 1 : 6000</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Berechnungsergebnisse</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Kapitel</td>
<td>Inhalt der Antragsunterlagen (Ordner 2 von 2) Schallimmissionsprognose nach TA Lärm für den Betriebsstandort Hettstedt</td>
<td>Anzahl der Blätter</td>
</tr>
<tr>
<td>---------</td>
<td>-------------------------------------------------------------------------------------------------</td>
<td>-----------------</td>
</tr>
<tr>
<td>Anlage 9</td>
<td>Eingangsdaten für Berechnung der Zusatzbelastung Tagzeitraum Nachtzeitraum</td>
<td>88 51</td>
</tr>
<tr>
<td>Anlage 10</td>
<td>Berechnungsergebnisse der Zusatzbelastung Tagzeitraum Nachtzeitraum</td>
<td>4 4</td>
</tr>
<tr>
<td>Anlage 11</td>
<td>Teil-Immissionspegel der Schallquellen ausgewählter Immissionsorte im Nachtzeitraum Immissionsort IO 2 Großörner, Molmeckerstr. 21 Immissionsort IO 6.3 Großörner, Hüttenstr. 9 Immissionsort IO 11 Hettstedt, Heinestr. 41a</td>
<td>33 33 33</td>
</tr>
<tr>
<td>Anlage 12</td>
<td>Rasterlärmkarten der Zusatzbelastung Rasterlärmkarte des Untersuchungsgebietes im Nachtzeitraum, Berechnung in einer Höhe von 5,2 m über Gelände in 10 x 10 m Raster M 1 : 4000 Rasterlärmkarte des Untersuchungsgebietes im Tagzeitraum, Berechnung in einer Höhe von 5,2 m über Gelände in 10 x 10 m Raster M 1 : 4000</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

**Nachträge / Ergänzungen**

**Nachtrag vom 15.09.16**

- Kapitel 1 Ergänzung der Kurzbeschreibung
- Formular 1c Präzisierung des Antrags auf Zulassung des vorzeitigen Beginns
- Kapitel 2 Ergänzungen der Anlagenbeschreibung
- Formular 2.3 für BE 04
- Korrektur des Verfahrensfließbildes
- Anhang 2-4 keine automatische Löscheinrichtung im Staubabscheider
- Kapitel 7 Ergänzung von Abfall-Bereitstellungsflächen
- Formulare 7.1 Zustimmung der Verwertungsunternehmen zur Übernahme der Abfallstoffe
- Anhang 7-1 Ergänzung des Lageplan zum Abfallkonzept
- Kapitel 10 keine automatische Löscheinrichtung im Stababscheider
- Kapitel 11 Erläuterung zur Abwärmennutzung

- 4
- 1
- 2
- 1
- 1
- 1
- 1
- 8
- 1
- 1
- 1

**Nachtrag vom 11.10.2016**

- Formular 1 Änderung der Bezeichnung und Kapazität
- Kapitel 2 Ergänzungen der Anlagenbeschreibung

- 1
- 3
<table>
<thead>
<tr>
<th>Nachträge / Ergänzungen</th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Formular 2.1</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>Formular 2.2</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>Formular 2.3</td>
<td>2</td>
</tr>
<tr>
<td>Formular 4.1a</td>
<td>1</td>
</tr>
</tbody>
</table>

**Nachtrag vom 01.11.2016**

- Formular 8 Korrektur der Abwassermenge   1

**Nachtrag vom 04.11.2016**

- Schalltechnische Stellungnahme vom 26.10.2016   20

**Nachtrag vom 08.11.2016**

- Formular 4.1a   1
- Formular 4.1b   1
- Überarbeitung der schalltechnischen Stellungnahme vom 26.10.2016   17

**Nachtrag vom 09.11.2016**

- Kurzbeschreibung   12

**Nachtrag vom 01.12.2016**

- Geplante Realisierungszeiten zur Umsetzung der Lärmschutzmaßnahmen   1

**Nachtrag vom 27.12.2016**

- Kapitel 2 Erläuterung zum Technikcontainer   1
- Anhang 2-5 Ergänzung einer Darstellung der Auffangwanne Notstromaggregat   1
- Anhang 2-7 Zeichnungen zum Technikcontainer   3
- Formular 6.1d Hydraulikflüssigkeit   1
- Anhang 15-1 Ergänzung zur Prüfung AZB-Erfordernis   7

**Nachtrag vom 13.01.2017**

- Stellungnahme zur Einwendung   3

**Nachtrag vom 19.01.2017**

- Anhang 2-8 Statischer Berechnung, Fundamentzeichnung und Baugrundgutachten   18
### Nachträge / Ergänzungen

<table>
<thead>
<tr>
<th>Anhang 4-3 Austauschblatt Seite 17/34</th>
<th>1</th>
</tr>
</thead>
</table>
ANLAGE 2  Merkblatt Kampfmittelfunde

Merkblatt Kampfmittelfunde
Landkreis Mansfeld-Südharz

Amt für Brand- und Katastrophenschutz
Sachgebiet Katastrophenschutz
und vorbeugender übergemeindlicher Brandschutz
Rudolf-Breitscheid-Straße 20/22
06526 Sangerhausen
Vorbemerkungen


Auf der Grundlage von Erkenntnissen und Erfahrungen der Vergangenheit, wird nachfolgend versucht, eine möglichst umfassende Antwort zu geben.

1. Verhalten nach Auffinden von Kampfmitteln

1.1. Verbote


1.2. Anzeigepflicht

Wer Kampfmittel entdeckt oder in Besitz hat oder wer vergrabene, verschüttete oder überflutete Fundstellen oder Lagerstellen derartiger Mittel kennt, ist verpflichtet, dies unverzüglich dem Landkreis Mansfeld-Südharz unter der ständig zu erreichen den Rufnummer

Notruf 112 oder 03464/56988910

oder einer nahegelegenen Polizeidienststelle anzuzeigen. Von dort werden alle weiteren Maßnahmen zur gefahrlosen Sicherung und Beseitigung der Kampfmittel eingeleitet.

1.3. Informationen über einen Kampfmittelfund

Zur Einleitung von Sofortmaßnahmen durch die Sicherheitsbehörde sind die folgenden Angaben erforderlich:

Fundort: Ort, Straße, Hausnummer, markante Gebäude, Orientierungspunkte
Art des Fundes: Aussehen, Größe, Anzahl der Fundstücke
Sind Schaulustige am Fundort? Anzahl der Personen
Ist die Fundstelle einsehbar?

Lage der Fundstelle, natürliche Sichtbehinderungen durch Bäume, Gehölze o.ä.

Name und Anschrift des Anrufers:

1.4. Sicherungspflichten

Fund- oder Lagerstellen von Kampfmitteln sind unverzüglich durch geeignete Warnschilder als Gefahrenbereiche ausreichend zu kennzeichnen. Das gilt auch für Flächen, auf denen Kampfmittel gefunden worden sind oder von denen aufgrund von anderen Tatsachen anzunehmen ist, dass auf ihnen von Kampfmitteln ausgehende Gefahren drohen. Durch die Beschriftung der Warnschilder muss auf die Gefahr und das Betretungsverbot nach § 3 Abs. 2 der „Gefahrenabwehrverordnung zur Verhütung von Schäden durch Kampfmittel des Landes Sachsen-Anhalt“ hingewiesen werden.

2. Begriffsbestimmungen

Kampfmittel sind gewahrsamslos gewordene, zur Kriegführung bestimmte oder ehemals bestimmte Munition oder Munitionstelle. Dabei handelt es sich überwiegend um:

1.4. Gewehrpatronen oder Granaten von Handfeuer- oder Maschinenwaffen; sie können bei oberflächennahen Erdarbeiten zu Tage treten.

1.5. Minen der ehemaligen deutschen Wehrmacht oder ihrer Kriegsgegner; sie liegen nicht selten an verkehrsgünstigen Stellen, in Gewässern, Flüssen oder Seen.

1.6. Bomben, die beim Aufprall nicht explodiert und in die Erde eingedrungen sind; sie liegen je nach Größe und Gewicht in einer Tiefe bis zu 2 m, selten tiefer.

1.7. Zünder, Spreng- und Zündmittel, bei denen nicht ausgeschlossen ist, dass sie Explosivstoffe oder Rückstände dieser Stoffe enthalten oder aus Explosivstoffen oder deren Rückständen bestehen.


3. Rechtliche Verantwortung der Sicherheitsbehörde

3.1. Örtliche Sicherheitsbehörden

3.1. Kampfmittelbeseitigungsdienst

Kampfmittelbeseitigungsdienst im Sinne der Gefahrenabwehrverordnung zur Beseitigung von Schäden durch Kampfmittel ist das Technische Polizeiamt Sachsen-Anhalt (TPA LSA).
Es übernimmt im Rahmen der Amtshilfe die Aufgaben der örtlichen Sicherheitsbehörden zur gefahrlosen Beseitigung von aufgefundenen Sicherheitsbehörden zur gefahrlosen Beseitigung von aufgefundenen Kampfmitteln. Weiterhin unterstützt der Kampfmittelbeseitigungsdienst die örtlichen Sicherheitsbehörden nach vorheriger Zustimmung bei der Nachsuche nach Fundmunition.

3.2. Fachfirmen zur Kampfmittelbeseitigung

Das Technische Polizeiamt Sachsen-Anhalt benennt in einem Verzeichnis Fachfirmen, die im Besitz einer Erlaubnis sowie die erforderliche Fachkunde gemäß Sprengstoffgesetz zur Kampfmittelräumung nachgewiesen haben. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit dieser Übersicht wird keine Gewähr übernommen.

3.3. Vorsorgliche Nachsuche bei Verdachtsfällen

Inwieweit bei bloßem Verdacht auf das Vorhandensein von Kampfmitteln (z.B. im Boden oder Gewässern) ein sicherheitsrechtliches Einschreiten geboten ist, hängt von den Umständen des jeweiligen Einzelfalles ab.
Grundsätzlich gilt, dass die vorsorgliche Nachsuche nach vermuteten Kampfmitteln im Pflichtenkreis des Grundstückseigentümers liegt. Wird dieser nicht von sich aus tätig, ist von der örtlichen Sicherheitsbehörde zu entscheiden, ob eine Gefahrerforschung sicherheitsrechtlich geboten und sie insoweit zum Einschreiten verpflichtet ist.

3.4. Aufklärungs- und Ermittlungspflichten bei Baugrundstücken

Soll ein Grundstück bebaut werden, ist der Bauherr für die Eignung des Baugrundstücks verantwortlich; er hat dieses im bauaufsichtlichen Verfahren nachzuweisen.

4. Ansprechpartner

Bei weiteren Fragen oder Hinweisen wenden Sie sich an die zuständigen Mitarbeiter beim:

Amt für Brand- und Katastrophenschutz
Sachgebiet Katastrophenschutz und vorbeugender übergemeindlicher Brandschutz
Rudolf-Breitscheid-Straße 20/22
Dienstgebäude: Schartweg 7
06526 Sangerhausen

Tel: 03464/535-1933 oder 1932
Fax: 03464 / 535-1926
Email: brandschutzamt@mansfeld-suedharz.de
4. BImSchV  
Vierte Verordnung zur Durchführung des Bundes-
Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürf-
tige Anlagen – 4. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung
vom 02. Mai 2013 (BGBl. I S. 973), geändert durch Artikel 1 der Ver-

9. BImSchV  
Neunte Verordnung zur Durchführung des Bundes-
Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über das Genehmigungs-
verfahren - 9. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom

16. BImSchV  
Sechzehnte Verordnung zur Durchführung des Bundes-
Immissionsschutzgesetzes (Verkehrslärmschutzverordnung - 16.
BImSchV) vom 12. Juni 1990 (BGBl. I S. 1036), zuletzt geändert
 durch Artikel 1 der Verordnung vom 18. Dez. 2014 (BGBl. I S 2269)

AbfG LSA  
Abfallgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (AbfG LSA) in der Fassung
der Bekanntmachung vom 01. Februar 2010 (GVBl. LSA S. 44), zu-
letzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 10. Dez. 2015 (GVBl.
LSA S. 610)

Abf ZustVO  
Zuständigkeitsverordnung für das Abfallrecht (AbfZustVO) vom 06.
März 2013 (GVBl. LSA S. 107), zuletzt geändert durch § 2 des Ge-
setzes vom 10. Dez. 2015 (GVBl. LSA S. 610, 612)

ArbSch-ZustVO  
Zuständigkeitsverordnung für das Arbeitsschutzrecht (ArbSch-
ZustVO) vom 02. Juli 2009 (GVBl. LSA S. 346)

BauGB  
Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom
23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel
6 des Gesetzes vom 20. Okt. 2015 (BGBl. I S. 1722, 1731)

BauNVO  
Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunut-
zungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung

BauO LSA  
Bauordnung Sachsen-Anhalt (BauO LSA) vom 10. Sept. 2013
(GVBl. LSA S. 440), geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 17.
Juni 2014 (GVBl. LSA S. 288, 341)

BBodSchG  
Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur
Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG)

BlmSchG  
Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luft-
verunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vor-
gänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BlmSchG) in der Fassung
der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt
geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 30. Nov. 2016 (BGBl. I S. 2749)

**BNatSchG**


**BodSchAG LSA**


**BrSchG**


**DenkmSchG LSA**


**Immi-ZustVO**

Verordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Immissionschutzes (Immi-ZustVO) vom 08. Okt. 2015 (GVBl. LSA Nr. 24/2015 S. 518)

**KampfM-GAVO**

Gefahrenabwehrverordnung zur Verhütung von Schäden durch Kampfmittel (KampfM-GAVO) in der Fassung vom 20. Apr. 2015 (GVBl. LSA S. 167)

**KrWG**


**LEntwG LSA**

Landesentwicklungsgesetz Sachsen-Anhalt (LEntwG LSA) vom 23 April 2015 (GVBl. LSA S. 170)

**Richtlinie 2010/75/EU**


**StGB**

TA Lärm

TA Luft

USchadG

V (EG) Nr. 1272/2008

VAwS LSA

VwKostG LSA

VwVfG

VwVfG LSA

Wasser-ZustVO

WG LSA
WHG

Verteiler

Original

MKM Mansfelder Kupfer und Messing GmbH
vertr. d. Herrn Roland Harings
Lichtlöcherberg 40
06333 Hettstedt

als Kopie

Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt
Dessauer Straße 70
06118 Halle (Saale)
Referat 402: 402.c (Physikalische Umweltfaktoren, Gebietsbezogener Immissionsschutz, Chemikaliensicherheit)
   402.e (Anlagenbezogener Immissionsschutz)
Referat 405 (Abwasser)
Referat 407 (Naturschutz)

Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt
Dezernat 57 – Gewerbeaufsicht Süd
Dessauer Str. 104
06118 Halle (Saale)

Regionale Planungsgemeinschaft Halle
An der Fliederwegkaserne 21
06130 Halle (Saale)

Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr
Ernst-Kamieth-Straße 2
06112 Halle

Landkreis Mansfeld-Südharz
Umweltamt
Rudolf-Breitscheid-Straße 20-22
06526 Sangerhausen

Stadt Mansfeld
Lutherstraße 9
06343 Mansfeld

Abwasserzweckverband Wipper-Schlenze
Sanderslebener Straße 40
06333 Hettstedt